

**Von:** [djo-Deutsche Jugend in Europa Bundesverband e.V.](#)  
**An:**  
**CC:**  
**Betreff:** djo-Nachrichtenticker 3/2010  
**Datum:** Freitag, 16. Juli 2010 14:33:25  
**Anlagen:**

---

djo-Nachrichtenticker 3/2010

Der aktuelle Nachrichtenticker aus Berlin, Deutschland und der Welt J

Zentrale Aufmerksamkeit hat bei diesem Nachrichtenticker der 8. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Die Resonanz auf den Bericht, in dem auch unser Verband namentlich erwähnt wird, war riesig und kontrovers. Es wird deshalb versucht einen Eindruck und Argumente deutlich zu machen. Die Darstellung aller Pressemitteilungen ist aufgrund der Vielzahl nicht möglich.

Inhalt:

- Staatsministerin Böhmer legt 8. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland vor "Integration kommt voran - aber die Anstrengungen müssen noch verstärkt werden!"  
[PM der Bundesregierung vom 07.07.2010]
- Integrationsbericht der Bundesregierung - viel angekuendigt, wenig getan  
[PM der SPD-Bundestagsfraktion vom 07.07.2010]
- Nicht nur Özil und Khedira  
[PM der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 07.07.2010]
- Integrationsbericht - Regierungsbilanz duerftig  
[PM der SPD-Bundestagsfraktion vom 07.07.2010]
- Zugang zum Arbeitsmarkt ist Schlüssel für Integration  
[PM der FDP-Bundestagsfraktion vom 07.07.2010]
- Zu viele Migrantenkinder ohne Schulabschluss - 8. Migrationsbericht der Bundesregierung  
[PM der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 07.07.2010]
- Schutz vor Missbrauch: Forderungen an den Runden Tisch beschlossen

[PM der SPD-Bundestagsfraktion vom 07.07.2010]

· Bundesfamilienministerin Kristina Schröder beruft Bundesjugendkuratorium  
[PM des BMFSFJ vom 13.07.2010]

· Beziehungen zu Russland werden weiter vertieft  
[PM der Bundesregierung vom 15.07.2010]

· Staatsministerin Böhmer legt 8. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland vor "Integration kommt voran - aber die Anstrengungen müssen noch verstärkt werden!"

"Die Integration in Deutschland gewinnt an Fahrt. Bei Sprache, Bildung und Ausbildung sind Fortschritte zu verzeichnen. Dennoch gilt: Gerade im Bildungs- und Ausbildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt ist die Situation vieler Migranten nach wie vor dramatisch. Diese Großbaustellen der Integration müssen wir in den nächsten Jahren verstärkt angehen. Unser Ziel ist: Deutschland muss das Land der Aufsteiger werden!"

Das erklärte Staatsministerin Maria Böhmer anlässlich des 8. Berichts über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, den sie heute dem Bundeskabinett vorgelegt hat. Anschließend übergab die Integrationsbeauftragte den Bericht an Bundestagspräsident Norbert Lammert. "Integration ist eine Schicksalsfrage für unser Land. Mittlerweile hat etwa jedes dritte Kind unter 5 Jahren einen Migrationshintergrund. In diesem Jahrzehnt entscheidet sich,

- \* ob wir langfristig den sozialen Zusammenhalt sichern können,
- \* ob die jungen Migranten zu einer Generation der Gewinner werden,
- \* ob Deutschland seine Attraktivität für kluge Köpfe aus aller Welt steigern kann,
- \* ob wir die klugen Köpfe aus unserem Land bei uns halten können,
- \* ob wir unsere Wettbewerbsfähigkeit sichern können,
- \* ob Deutschland ein weltoffenes, tolerantes, lebens- und lebenswertes Land bleibt.

"Aufhalten lässt sich der demografische Wandel nicht. Aber wir können ihn gestalten. Dafür ist es wichtig, Vielfalt noch stärker als Chance zu sehen. Es gilt, Migrantinnen und Migranten eine Perspektive in unserem Land zu bieten", betonte Böhmer. "Die eingeleiteten Maßnahmen greifen: Das Bildungsniveau der jungen Migranten hat sich von 2005 bis 2008 erhöht. Zu einem großen Anteil besuchen Jugendliche aus Zuwandererfamilien zwar nach wie vor die Hauptschule. Der Abstand gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund hat sich aber verringert (Rückgang der Zahl der Hauptschulabsolventen mit Migrationshintergrund von 2005 bis 2008 um 4,4 Prozent). Immer mehr jungen Migranten gelingt es, einen mittleren Abschluss (plus 0,8) oder die Fachhochschulreife oder das Abitur zu erwerben (plus 1,0).

Diese Entwicklung muss beschleunigt werden! Grundsätzlich verfügen Mädchen über bessere Bildungsergebnisse als Jungen. Alarmierend ist, dass der Anteil aller Jugendlichen ohne Abschlüsse nahezu konstant geblieben ist und Jugendliche mit Migrationshintergrund nach wie vor annähernd doppelt so häufig die Schule abbrechen wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund."

"Wir brauchen eine nationale Bildungsoffensive, um mehr jungen Migranten den Aufstieg zu ermöglichen. Zentrale Bedeutung kommt dem Spracherwerb von Anfang an zu. Nur wer Deutsch kann, wenn er in die Schule kommt, hat gleiche Startchancen. In den Kindergärten müssen dafür die Grundlagen gelegt werden. Noch nutzen Migranteneltern neun Prozent weniger häufig als Eltern ohne Migrationshintergrund diese Möglichkeit für ihr Kind. Um dies zu ändern, setze ich mich für ein verpflichtendes, beitragsfreies letztes Kindergartenjahr ein. Ein großer Schritt für eine gute Zukunft der Kinder und unseres Landes!" so Böhmer.

"In den Schulen muss die individuelle Förderung der jungen Migranten fortgesetzt werden. Hier sind die Länder in der Pflicht! Sie haben im Nationalen Integrationsplan zugesagt, bis 2012 das Bildungsniveau der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den Gesamtdurchschnitt aller Schülerinnen und Schüler anzugleichen. Ich fordere die Länder auf, Schulen mit einem hohen Migrantenanteil besser auszustatten. Die Schulen müssen zu Orten der Integration werden. Dafür benötigen sie mehr Geld, mehr Lehrer und Schulsozialarbeiter sowie mehr Zeit in Form von Ganztagschulen. Zugleich müssen wir mehr Lehrkräfte aus Zuwandererfamilien als Brückenbauer gewinnen. Zur Zeit haben nur fünf Prozent aller Lehrkräfte einen Migrationshintergrund. Das ist angesichts der steigenden Zahl der Migrantenkinder deutlich zu wenig!", so Böhmer.

"Für den Bildungserfolg der Kinder ist die Mitwirkung der Eltern entscheidend. Die Eltern müssen ihre Kinder motivieren, Deutsch zu lernen. Gute Deutschkenntnisse sind Voraussetzung für den Bildungserfolg in unserem Land. Eltern, die selbst noch unsicher im Umgang mit der deutschen Sprache sind, sollten einen Integrationskurs besuchen. Die Integrationskurse sind ein Erfolgsmodell: Seit 2005 haben mehr als 600.000 Migranten an einem Integrationskurs teilgenommen. Weit mehr als die Hälfte von ihnen freiwillig! Um noch mehr Eltern zu erreichen, können die Kurse jetzt auch an Kindergärten und Schulen durchgeführt werden. Auch in Zukunft muss sichergestellt sein, dass jeder, der Deutsch lernen möchte, zeitnah einen Integrationskurs besuchen kann!", erklärte die Staatsministerin.

Einen positiven Trend gibt es laut Lagebericht bei der Ausbildungsbeteiligung von ausländischen Jugendlichen. Sie stieg 2008 im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozent auf 32,2 Prozent. Bei den Deutschen im gleichen Alter betrug die Quote 2008 68,2 Prozent. Dennoch bleiben zu viele Migranten ohne berufliche Ausbildung. Dementsprechend sind ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt geringer: So liegt die Arbeitslosenquote von Migranten fast doppelt so hoch wie von Deutschen ohne Migrationshintergrund (2008: 12,4 Prozent zu 6,5 Prozent).

"Integration gelingt vor allem über den Arbeitsmarkt. Umso wichtiger ist es, hier Chancengleichheit zu erreichen. Immer mehr Arbeitgeber erkennen: Die Ausbildung und Beschäftigung von Migranten ist angesichts des demografischen Wandels das Gebot der Stunde! Migranten sind die Fachkräfte von morgen. Es ist höchste Zeit, dass die Anerkennung aus-ländischer Berufsabschlüsse und Qualifikationen vorankommt. Die Eckpunkte für eine gesetzliche Regelung liegen auf dem Tisch. Jetzt sind Bund und Länder gefordert, schnellstmöglichst die notwendigen Schritte für Gesetze zur Anerkennung der Abschlüsse vorzulegen. Ein solches Anerkennungsgesetz ist die entscheidende Weichenstellung für eine bessere Integration vieler qualifizierter Zuwanderer in unserem Land!", betonte Böhmer.

"Die wachsende Vielfalt unseres Landes muss sich auch im öffentlichen Dienst widerspiegeln. Wir brauchen mehr Fachkräfte aus Zuwandererfamilien in Kindergärten und Schulen, aber ebenso bei Polizei, bei Feuerwehr, in der Kommunalverwaltung und in den Ministerien. Bei der Ausbildung und Beschäftigung von Migranten kommt dem öffentlichen Dienst eine Vorreiterrolle zu! Im Nationalen Integrationsplan haben sich Bund und Länder verpflichtet, unter der Berücksichtigung von Eignung, Befähigung und Leistung mehr Migranten einzustellen. Dabei sind deren Sprach- und interkulturelle Kompetenzen zu berücksichtigen. Einige Länder gehen diesen Weg, und setzen sich dabei klare Zielmarken und legen entsprechende Programme auf, wie beispielsweise Hamburg. Dies unterstütze ich ausdrücklich!", so Böhmer.

"Besonders freuen mich Ergebnisse des Berichts, wonach Migranten wirklich in unserem Land "angekommen" sind. So verfügen sie immer öfter über Wohneigentum. Etwa jeder Dritte der hier geborenen Migranten besitzt mittlerweile ein Haus oder eine Eigentumswohnung. Zudem sind die Migranten der 2. Generation fast genauso häufig ehrenamtlich aktiv wie Deutsche ohne Migrationshintergrund", so Böhmer.

"Für ein gutes Miteinander in unserem Land ist es entscheidend, dass jedem, der sich einbringen und integrieren will, die Hand gereicht wird. Wir alle sind begeistert vom Teamgeist und der Leistung der deutschen Nationalmannschaft. Ich wünsche mir über den Fußball hinaus, dass Vielfalt zum Erfolgsmodell für unser Land wird!", betonte Böhmer.

Kurz-Zusammenfassung des 8. Berichts über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (PDF, nicht barrierefrei) (62,5 KB) <[http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2010/2010-07-07-kurzfassung-lagebericht-ib.property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-07-07-kurzfassung-lagebericht-ib.property=publicationFile.pdf)> <[http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2010/2010-07-07-kurzfassung-lagebericht-ib.property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-07-07-kurzfassung-lagebericht-ib.property=publicationFile.pdf)>

8. Bericht - über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (PDF, nicht barrierefrei) (2,5 MB)

[http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2010/2010-07-07-langfassung-lagebericht-ib,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-07-07-langfassung-lagebericht-ib,property=publicationFile.pdf) <[http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2010/2010-07-07-langfassung-lagebericht-ib,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-07-07-langfassung-lagebericht-ib,property=publicationFile.pdf)>

· Integrationsbericht der Bundesregierung - viel angekuendigt, wenig getan

Anlaesslich der Veroeffentlichung des 8. Berichtes der Bundesregierung ueber die Lage der Auslaenderinnen und Auslaender in Deutschland (Integrationsbericht) erklaren die Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Aydan Oezoguz und die zustaeendige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Daniela Kolbe:

Die Ergebnisse des Integrationsberichtes kommen nicht ueberraschend: Schulabbrecher, Ausbildungsquote, Arbeitslosigkeit - ueberall weisen Buergerinnen und Buerger mit Migrationshintergrund deutlich schlechtere Werte auf als Deutsche ohne Migrationshintergrund. In der Tendenz laesst sich das auch in der gesamten Gesellschaft beobachten.

Die Reaktionen der Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Boehmer (CDU), die heute den Integrationsbericht in Berlin vorstellte, zeugen von groesster Hilflosigkeit. Auf Grundlage des Berichtes kuendigt sie viel an, getan wurde bisher aber nichts:

- Boehmer fordert mehr Geld der Bundeslaender fuer individuelle Foerderung der Migranten in Schulen - Ja, das ist richtig. Leider ist der Bildungsgipfel von Bund und Laendern (10 Prozent des BIP fuer Bildung) krachend gescheitert. Mehr Geld wird es nicht geben - auch nicht fuer die individuelle Foerderung von Schuelern mit Migrationshintergrund.

- Boehmer fordert mehr Integrationskurse zum Erlernen der deutschen Sprache - Ja, das ist richtig. Leider hat das zustaeendige Bundesamt fuer Migration und Fluechtlinge aufgrund des Sparzwanges der schwarz-gelben Koalition zu wenig Mittel fuer die Kurse bekommen. Auch wenn Boehmer 15 Millionen zusaetzlich fuer Integrationskurse bereitstellen will. Bei einer 30 Millionen Euro Luecke im Jahr 2010 sind das immer noch verheerende 15 Millionen Euro zu wenig. Mehreren Zehntausend Migranten (gerade auch der 1. Generation) wurde der Zugang zu Deutsch-Kursen verwehrt, und so vielen integrationswilligen Migranten die Motivation genommen. Diskriminierung gibt es allerdings auch bei guten deutschen Sprachkenntnissen.

- Boehmer will ein Anerkennungsgesetz fuer auslaendische Bildungsabschluesse - Ja, das ist richtig. Leider hat es die Bundesregierung seit Dezember 2009 immer noch nicht geschafft, dies in Gesetzesform zu bringen.

- Echte Anerkennungskultur braucht ein liberaleres Staatsbuergerschaftsrecht.

Die Ergebnisse des Integrationsberichtes zeigen, dass eine Integrationspolitik aus einem Guss immer noch Mangelware ist. Dabei koennen wir es uns nicht leisten, das Potenzial der Buerger mit Migrationshintergrund (15,6 Millionen) zu verschwenden - weder gesellschaftlich, noch oekonomisch.

Ein hoechst bedenklicher Trend: Migranten, die in Deutschland gute Bildungsabschluesse gemacht haben, kehren unserem Land den Ruecken. Diskriminiert und nicht gewollt - das ist ein alltaegliches Gefuehl der Buerger mit Migrationshintergrund, das Integration so schwierig macht; sei es in der Schule, in der Ausbildung oder auf dem Arbeitsmarkt.

· Nicht nur Özil und Khedira

Zum Integrationsbericht der Bundesregierung erklärt Cem Özdemir, Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

"Beim Jubel über die Nationalmannschaft sollte Angela Merkel ein Licht aufgehen: Deutschland gewinnt, wenn alle Menschen in unserem Land ihren Talenten entsprechend gefördert werden. Überall in Deutschland leben junge Özils und Khediras der Chemie und Mathematik, deren Karriere aber viel zu oft schon mit zehn Jahren bei der Anmeldung in der Hauptschule endet. Der Integrationsbericht liest sich wie eine Liste der Versäumnisse. Integrationspolitik in Deutschland ist eines der zentralen Zukunftsthemen mit einem umfangreichen Aufgabenkatalog, den undeskanzlerin Merkel und ihre Integrationsministerin Böhmer aber links liegen lassen.

Die sinkenden Einbürgerungszahlen sind ein Problem, für das Frau Böhmer keine Lösung hat. Notwendig wäre es, endlich Hürden wie das unsinnige Optionsmodell abzuschaffen und echte Integrationsangebote zu machen.

Bei den Bildungschancen hinkt Deutschland in Europa weiter beispiellos hinterher. Immer noch hängt der Lebensweg von Kindern in Deutschland vor allem vom Geldbeutel der Eltern ab, und immer noch wird das Potenzial von Migranten in der Gesellschaft verkannt und vergeudet. Chancengerechtigkeit und faire Aufstiegsmöglichkeiten für alle Kinder sind nicht nur sozial geboten, sondern auch eine Notwendigkeit für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Die Bundesregierung muss endlich dafür sorgen, dass die frühkindliche Betreuung verbessert wird, dass Schulen in Bezirken mit hohem Migrantenanteil besser

ausgestattet werden und ganztags öffnen. Auf dem Arbeitsmarkt werden Menschen mit Migrationshintergrund immer noch benachteiligt. Gerade der öffentliche Dienst sollte dem Beispiel der Nationalmannschaft folgen und die gesellschaftliche Realität widerspiegeln: Wir brauchen mehr Polizistinnen, mehr Lehrerinnen und Lehrer und mehr Erzieher mit Migrationshintergrund."

· Integrationsbericht - Regierungsbilanz dauerhaft

Anlässlich der Vorstellung des achten Berichts über die Lage der Ausländer in Deutschland durch die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration Prof. Dr. Maria Bohmer erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Olaf Scholz:

Altbekannt sind die Schwierigkeiten des Optionsmodells, das hier geborene und aufgewachsene junge Erwachsene zwingt, zwischen der deutschen und der von ihren Eltern abgeleiteten Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Dieser Zwang hat sich als bürokratisches Integrationshindernis erwiesen und gehört abgeschafft.

Nicht neu ist auch die Forderung, Kindern ohne Aufenthaltsstatus den Schulbesuch zu ermöglichen und deren ungehinderte medizinische Versorgung zu sichern. Leider werden Fortschritte in diesem Bereich von der Mehrheit der Fraktionskollegen der Ausländerbeauftragten unverändert abgelehnt.

Bislang saumig ist die Regierungskoalition auch bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Die bestehenden bürokratischen Hindernisse machen es vielen qualifizierten Migrantinnen und Migranten unmöglich, in ihren erlernten Berufen zu arbeiten. Die Ankuendigung, vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf vorzulegen, ist nicht erfüllt.

Es ist gut, dass der Bericht der Ausländerbeauftragten Fortschritte ebenso wie Probleme bei der Integration klar benennt. Ihren Worten müssen Taten folgen. Die Regierungsbilanz ist leider dauerhaft.

· Zugang zum Arbeitsmarkt ist Schlüssel für Integration

Zum aktuellen Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland erklärt der Sprecher für Integrationspolitik Serkan TÖREN:

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist und bleibt die wichtigste Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und eine erfolgreiche Integration. Gerade deshalb ist der Befund des aktuellen Integrationsberichtes Mahnung und Ansporn zugleich, unsere Bemühungen hier mit Nachdruck voranzutreiben. Es ist nicht akzeptabel, dass in Deutschland Menschen mit Migrationshintergrund noch doppelt so häufig arbeitslos

sind wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Bund und Länder sind gefordert, das für 2011 geplante Gesetz zur verbesserten Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zügig anzugehen. Deutschland kann sich eine solche Ressourcenverschwendung nicht länger leisten. Wir müssen überdies auch der zunehmenden Abwanderung hochqualifizierter Migranten ernsthaft entgegenreten. Migranten müssen das Gefühl haben, in Deutschland eine Chance zu haben, um ein Heimatgefühl entwickeln zu können. Dabei tun auch Unternehmen gut daran, sich zu öffnen und die interkulturelle Vielfalt der Bewerber für ihren wirtschaftlichen Erfolg einzusetzen.

Erfreulich ist der kontinuierliche Zuwachs von Selbstständigen unter den Migranten. Die Zahlen zeugen von einem starken unternehmerischen Engagement unter Zuwanderern, das vor allem im Dienstleistungsbereich zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt. Dieses Unternehmertum gilt es, weiter zu fördern.

· Zu viele Migrantenkinder ohne Schulabschluss - 8. Migrationsbericht der Bundesregierung

Anlässlich der Veröffentlichung des 8. Migrationsberichts der Bundesregierung erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und Vorsitzende der Projektgruppe Integration der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Stefan Müller MdB:

Der heute veröffentlichte 8. Migrationsbericht zeigt sowohl die bisherigen Erfolge als auch die zukünftigen Herausforderungen bei der Integration in Deutschland auf. Er stellt damit ein realistisches Abbild der gegenwärtigen Situation dar. Insbesondere im Bereich der schulischen Bildung und Ausbildung können wir mit den dargestellten Ergebnissen nicht zufrieden sein. Hier sind wir noch lange nicht am Ziel.

Zwar schaffen bereits viele Kinder mit Migrationshintergrund hervorragende Abschlüsse und einen problemlosen Übergang in den Arbeitsmarkt. Die Zahl derer, die ohne Abschluss die Schulen verlässt, ist mit 13,3 Prozent allerdings noch immer viel zu hoch.

Auch wenn sich dieser Trend bei Kindern ohne Migrationshintergrund ebenfalls widerspiegelt, muss ihm mit einer stärkeren Ausbildungs-offensive begegnet werden. Hier sehe ich insbesondere die Bundesländer in der Pflicht, ihre bisherigen Anstrengungen noch weiter zu intensivieren.

· Schutz vor Missbrauch: Forderungen an den Runden Tisch beschlossen

Zur Verabschiedung des Positionspapiers der SPD-Bundestagsfraktion "Hinsehen, handeln, helfen! Konsequenzen aus den Missbrauchsfällen in Institutionen" erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dagmar Ziegler:

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert Konsequenzen aus den menschenverachtenden

Faellen von sexueller Gewalt in Schulen, Internaten und anderen Einrichtungen. Der von der Bundesregierung einberufene Runde Tisch darf kein Alibi dafuer sein, die Haende in den Schoss zu legen. Es muss darum gehen, das Geschehene umfassend aufzuarbeiten, Praevention zu staerken und rechtspolitische Konsequenzen zu ziehen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt ein Positionspapier beschlossen, in dem sie ihre Erwartungen an die Ergebnisse des Runden Tisches zusammenfasst.

Unter dem Titel "Hinsehen, handeln, helfen" fordert die SPD-Bundestagsfraktion konkrete Massnahmen, um Kinder und Jugendliche wirksamer gegen sexuelle Gewalt in Institutionen zu schuetzen und Betroffene besser zu unterstuetzen. Dazu gehoeren unter anderem folgende Punkte:

- Die zivil- und strafrechtlichen Verjaehrungsfristen muessen verlaengert werden.
- Beratungsstellen und Hilfsangebote muessen flaechendeckend ausgebaut, finanziell abgesichert und besser bekannt gemacht werden. Alle Hilfesuchenden muessen sich darauf verlassen koennen, Hilfe, Beratung und Zugang zu Therapieangeboten zu erhalten.
- Private und oeffentliche Einrichtungen brauchen verbindliche Regelungen und klare, einheitliche Leitlinien zum Umgang mit Missbrauchsfaellen.
- Die Aus- und Weiterbildungsinhalte von Berufsgruppen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, muessen systematisch ueberprueft werden, um das Thema sexuelle Gewalt umfassend zu beruecksichtigen.
- Die Erforschung der Bedingungen und Ursachen sexueller Gewalt und die Evaluation der Wirksamkeit von Praeventionsmassnahmen sollte intensiviert werden.
- Die Union muss sich endlich dazu durchringen, einer Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz zuzustimmen.

Die Arbeit des Runden Tisches wird nur erfolgreich sein koennen, wenn vor allem die Opfer sexueller Gewalt am Runden Tisch umfassend Gehoer finden. Um dazu einen Beitrag zu leisten, hat die SPD-Bundestagsfraktion ihre Forderungen im Austausch mit Vertretern von Betroffenenverbaenden und Opferberatungsstellen entwickelt, die am Runden Tisch der Bundesregierung keinen Platz gefunden haben. Unsere Vorschlaege werden von unserer Kinderbeauftragten Marlene Rupprecht in die Arbeit des Runden Tisches eingebracht.

· Bundesfamilienministerin Kristina Schröder beruft Bundesjugendkuratorium

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kristina Schröder, hat heute im Namen der Bundesregierung 15 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Forschung und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe zu Mitgliedern des Bundesjugendkuratoriums (BJK) für die 17. Legislaturperiode berufen. Das BJK berät die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe.

"Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb bedarf es aller Kräfte, um die Jugendpolitik zu stärken und weiterzuentwickeln", sagte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder. "Gute Lebensbedingungen für junge Menschen und faire Chancen

für alle zu schaffen, den Kampf gegen Kinderarmut aufzunehmen und die Herausforderungen der frühkindlichen Bildung zu meistern - all das können wir nur gemeinsam angehen. Ich freue mich, dass das Bundesfamilienministerium auf ein kompetentes Beratergremium setzen kann, das uns bei der Entwicklung einer engagierten und eigenständigen Jugendpolitik unterstützt." Neben diesen Themen wird sich das Bundesjugendkuratorium mit Fragen zur Gestaltung der Europäischen Jugendpolitik beschäftigen aber auch mit aktuellen Themen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

Das BJK setzt sich zusammen aus Sachverständigen aus Wissenschaft und Forschung sowie Vertreterinnen oder Vertretern für die Länder, die Kommunen, den Jugendbereich, die Kirchen, Arbeitgeber und Verbände. Folgende Mitglieder wurden berufen:

- \* Dr. Fabienne Becker-Stoll, Staatsinstitut für Frühpädagogik
- \* Doris Beneke, Bundesverband der Diakonie
- \* Dr. Christoph Braß, Zentralkomitee der deutschen Katholiken
- \* Mike Corsa, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V.
- \* Georg Ehrmann, Deutsche Kinderhilfe
- \* Prof. Dr. Hans-Peter Füssel, Humboldt Universität Berlin
- \* Uwe Lübking, Deutscher Städte- und Gemeindebund
- \* Prof. Dr. Joachim Merchel, Fachhochschule Münster
- \* Sybille von Obornitz, Deutscher Industrie- und Handelskammertag
- \* Martina Reinhardt, Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
- \* Prof. Dr. Helga Theunert, Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis und Universität Leipzig
- \* Prof. Dr. Ahmet Toprak, Fachhochschule Dortmund
- \* Ulrike Werthmanns-Reppekus, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband NRW
- \* Julia von Weiler, Innocence in Danger e.V.
- \* Dr. Ute Ziegenhain, Universitätsklinikum Ulm

Weitere Informationen zur Politik der Bundesregierung für Kinder und Jugendliche finden Sie zum BJK unter [www.bundesjugendkuratorium.de](http://www.bundesjugendkuratorium.de)

<<http://www.bundesjugendkuratorium.de>> <<http://www.bundesjugendkuratorium.de>> .

· Beziehungen zu Russland werden weiter vertieft

Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland auf freundschaftlicher Ebene. Es habe sich eine Beziehung entwickelt, in der auch schwierige Fragen besprochen werden könnten. "Die deutsch-russische Zusammenarbeit ist eine Erfolgsgeschichte. In den letzten Jahren ist die

Zusammenarbeit der Ministerien beider Länder viel intensiver geworden, vor allen Dingen sehr viel konkreter", sagte Merkel. Es gebe ein hohes Maß an Übereinstimmungen in allen Fragen, von der Energieeffizienz bis hin zu Umweltfragen.

Der russische Präsident Dmitri Medwedew lobte die strategische Partnerschaft zwischen Russland und Deutschland. Trotz der Finanzkrise sei es beiden Ländern gelungen, die bereits umfassende Zusammenarbeit noch auszubauen.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit stärken: Gegenwärtig sind rund 6.000 deutsche Unternehmen in Russland aktiv. Merkel würdigte die engen Kooperationen. Dennoch sieht sie in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit noch großes Potenzial. Die Kanzlerin bot Russland umfassende Unterstützung bei seinem Kurs der Modernisierung der Wirtschaft an. "Hier kann Deutschland sehr viele Beiträge leisten", sagte sie. Die russische Regierung will die Wirtschaft breiter aufstellen. Dieses Ziel komme der Kooperation beider Länder sehr entgegen, schätzte die Kanzlerin ein. Sie würdigte ausdrücklich die Entscheidung Russlands, Standards und Normen der Europäischen Union zu übernehmen. "Das wird die wirtschaftliche Kooperation sehr vereinfachen."

Der russische Präsident kündigte eine Modernisierungsallianz mit der Europäischen Union an. "Hier spielt die Bundesrepublik Deutschland eine ganz zentrale Rolle", betonte Medwedew.

Gesundheitsabkommen unterzeichnet

<<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/07/2010-07-15-gesundheitsabkommen.html>>

Wissenschaftlich enger kooperieren: Auch in der Wissenschaft wollen Deutschland und Russland noch intensiver zusammenarbeiten. Deshalb wird es im kommenden Jahr ein gemeinsames Wissenschaftsjahr geben. "Das kann eine ganz wichtige Ergänzung sein, zu dem was heute schon an deutsch-russischer Wissenschaftskooperation besteht", erklärte Merkel.

Mord an russischer Bürgerrechtlerin aufklären: Die Bundeskanzlerin forderte erneut die Aufklärung des Mordes an der Bürgerrechtlerin Natalja Estemirowa. Sie war genau vor einem Jahr, am 15. Juli 2009, getötet worden. In einer Zivilgesellschaft sei die gerechte Bestrafung im Fall von Menschenrechtsverletzungen sehr wichtig, betonte Merkel. Das mache anderen Menschen wieder Mut. Medwedew versprach eine Aufklärung. "Der Täter ist bekannt. Er wird nun international gesucht."

Austausch und Zusammenarbeit auch in der Zivilgesellschaft: Zeitgleich zu den 12. Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen fand in Jekaterinburg der "Petersburger Dialog" statt. In acht Arbeitsgruppen waren Vertreter aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Medien für zwei Tage hier zusammengekommen. Kanzlerin

Merkel und Präsident Medwedew nahmen ebenfalls am Abschlussplenum des Dialogs teil. Die Kanzlerin lobte die Pläne für ein gemeinsames Jugendparlament und ein deutsch-russisches Geschichtsbuch. Dadurch könnten Vorurteile abgebaut werden.

Sie begrüßte zugleich, dass Russlands Präsident Medwedew einen Rat zur Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte einrichten wolle. Medwedew sagte sein Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte zum Abschluss des Petersburger Dialogs zu. Die Zivilgesellschaften haben in dem Petersburger Dialog ein Diskussions-Forum gefunden, auf dem unterschiedliche Themen aus dem gesellschaftlichen Bereich behandelt werden. Der 10. Petersburger Dialog findet vor dem Hintergrund der historischen Jahrestage 2010 statt: Vor 65 Jahren endete der Zweite Weltkrieg, und vor 20 Jahren begann die Deutsche Einheit. Petersburger Dialog <<http://www.petersburger-dialog.de/>> <<http://www.petersburger-dialog.de/>>

So, das war's für heute. Wir hoffen, im Nachrichtenticker war etwas Interessantes für Euch dabei.

Mit lieben Grüßen  
Euer Team der djo-Bundesgeschäftsstelle

--

djo-Deutsche Jugend in Europa  
Bundesverband e.V.  
Thomas Hoffmann  
Kuglerstraße 5  
10439 Berlin  
Tel.: +49/30/446778-0  
Fax: +49/30/446778-11  
[www.djo.de](http://www.djo.de)  
[thomas-hoffmann@djo.de](mailto:thomas-hoffmann@djo.de)

**Von:** [djo-Deutsche Jugend in Europa - Bundesverband e.V.](#)  
**An:**  
**CC:**  
**Betreff:** djo-Ausschreibungsticker 6/2010  
**Datum:** Freitag, 16. Juli 2010 14:27:03  
**Anlagen:**

---

djo-Ausschreibungsticker 6/2010

Wir haben einige Ausschreibungen für Euch.

Inhalt:

djo-Ausschreibungen

- Projektpräsentation „Richtig berichtet? – Feindbilder kritisch hinterfragt“
- Fachkräfteaustausch Erlebnispädagogik (Wandern/Paddeln) vom 08.08. - 22.08.2010 in Astrachan

Sonstiges Interessantes

- „Deutsch-Türkische Fachkräftebegegnung: Öffentlichkeitsarbeit und Neue Medien“ 02. - 08.10.2010 in Deutschland, 06. - 12.02.2011 in der Türkei
- Einladung: „Forscher-Praktiker-Dialog“
- Zwischen Antiziganismus und Aufbruch - Roma in der EU am Beispiel Ungarn

n-ost-Recherchereise für zehn deutschsprachige Medienschaffende (Print/Radio) nach Ungarn 21. bis 24. Oktober 2010

- Bewerbungsaufruf: Kulturbrücken in Deutschland - Ein Forum für Young Leaders
- 3 Deutsch-tschechische Herbstseminare
- 6. Woche des bürgerschaftlichen Engagements
- Fachtagung "Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum" der Schader-Stiftung am 15./16. September 2010 in Darmstadt
- Suche nach geeigneten KandidatInnen für den Preis „Junge/r Europäer/in des Jahres“

djo-Ausschreibungen

- Projektpräsentation „Richtig berichtet? – Feindbilder kritisch hinterfragt“  
Junge Deutsche, Polen und Ukrainer untersuchen gemeinsam die Eigen- und Fremddarstellung ihrer Länder in den Medien. Jeweils acht junge Menschen aus Deutschland, Polen und der Ukraine befassen sich im Rahmen des Projekts „Richtig berichtet? – Feindbilder kritisch hinterfragt“ mit den Pressedebatten um das

Vertriebenenzentrum und um Vertreibungen in Polen nach dem Ende des 2. Weltkrieges (sogenannte „Aktion Weichsel“) vor ihren historisch-politischen Hintergründen. Sie analysieren ausgewählte Presseartikel zu diesem Thema, suchen darin nach Stereotypen, Vorurteilen und Feindbildern und hinterfragen diese kritisch mit Hilfe von Zeitzeugen, Experten und Originalquellen. Anschließend schreiben sie Kommentare zu den Beiträgen, indem sie sich auf ihre Recherchen stützen und veröffentlichen diese in Form einer dreisprachigen Zeitschrift.

Die Projektergebnisse werden im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung am Freitag den 30.07.2010 um 11:00 Uhr in den Räumen der Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund vor Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Medien präsentiert.

Das Projekt wird im Programm „Europeans for Peace“ der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk gefördert. Die Projektpartner sind die Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund, der MOE-Kultur/Newsletter, die Gazeta Olsztyńska und die Bäckerei Beumer&Lutum.

Weitere Informationen und Anmeldung bei:

Zuzanna Krzysztófik

djo – Deutsche Jugend in Europa, Bundesverband e. V.

E-Mail: [zuzanna-krzysztofik@djo.de](mailto:zuzanna-krzysztofik@djo.de)

Tel.: 030-446778-18

· Fachkräfteaustausch Erlebnispädagogik (Wandern/Paddeln) vom 08.08. - 22.08.2010 in Astrachan

Was sind die Ziele dieses Fachkräfteaustausches:

- Kennen lernen der Region, insbesondere der Lebensbedingungen der Jugendlichen aus Astrachan
- Planung gemeinsamer deutsch-russischer Projekte
- Kennen lernen von Vertretern der Partnerorganisation, insbesondere des Jugendrings der Russlanddeutschen (JdR)
- Erprobung neuer Konzepte/Ideensammlung für neue bzw. erweiterte Partnerschaften (z.B. mit dem Jugendclub aus Saratov)

Was wird euch erwarten:

- Start am 08.08. ab Flughafen Schönefeld nach Moskau mit anschließender ca. 30-stündiger Zugfahrt nach Astrachan
- Kennen lernen verschiedener Jugendprojekte in Astrachan
- Herstellen neuer Kontakte zu Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit in Astrachan
- Erprobung einer Konzeptidee – Begleitung von Jugendlichen auf einer Paddel – und Wandertour
- Fahrt nach Saratov – Besuch eines Jugendclubs, Kennen lernen der Fachkräfte vor Ort

· Ankunft am 22.08.am Flughafen Schönefeld

Weitere Informationen bei:

Steffi Schieferdecker:

Tel.: 030/2 52 11 53,

E-Mail: s.schieferdecker@djo-bb.de

Sonstiges Interessantes

· „Deutsch-Türkische Fachkräftebegegnung: Öffentlichkeitsarbeit und Neue Medien“  
02. - 08.10.2010 in Deutschland, 06. - 12.02.2011 in der Türkei

Deutsch-Türkische Fachkräftebegegnung: Öffentlichkeitsarbeit und Neue Medien",  
mit deren Durchführung der IJAB vom Bundesministerium für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend beauftragt worden ist. Anmeldung bis zum 15.08.2010 bei der djo-  
Bundesgeschäftsstelle.

Infos und Anmeldung bei:

djo-Deutsche Jugend in Europa

Thomas Hoffmann

Tel.: +49/30/446778-0

thomas-hoffmann@djo.de

· Einladung: „Forscher-Praktiker-Dialog“

Im Rahmen des „Forscher-Praktiker-Dialog“ möchten wir im 1. Halbjahr 2011 eine  
Arbeitsgruppe initiieren, die – zusammen mit Praktiker/innen der Internationalen  
Jugendarbeit – den Wert der Ergebnisse für die eigene Arbeit und mögliche  
Weiterentwicklungen diskutiert.

Wer an einer Teilnahme interessiert ist, der melde sich bitte bis zum 31. Oktober 2010  
direkt bei uns als Koordinationsstelle (plantz@transfer-ev.de; werner.  
mueller@transfer-ev.de). Wir

bitten in dem Fall auch einige Aspekte anzugeben, die aus Ihrer/Eurer Sicht nach  
Durchsicht des Papiers für diese Fachdebatte besonders interessant sind.

„Vielfalt“, „Heterogenität“, „Diversity“, „Differenzlinien“ .... das sind Begriffe, die  
in den letzten Jahren in unserem Arbeitsfeld mehr und mehr in den Mittelpunkt  
rückten. Die Entwicklung zur Einwanderungsgesellschaft erforderte Ergänzungen zu  
unseren Standardbegriffen wie ‚Interkulturelles Lernen‘ u.a.m., die uns  
jahrzehntelang geprägt haben. Oftmals war das junge Team aus der sog. ‚Oldenburger  
Schule‘ um Anne Winkelmann bei entsprechenden Prozessen beteiligt, die zum  
Beispiel auch über den „Forscher-Praktiker-Dialog“ begleitet und somit über das  
Bundesjugendministerium (BMFSFJ) gefördert wurden. In 2008 und 2009 fand mit

dem Ansatz der „Differenzlinien“ eine Beobachtung von drei konkreten Jugendbegegnungen statt. Aus dem gewonnenen Material wurde von Karin Reindlmeier u.a. eine „Handreichung für Teamer/innen“ zusammen gestellt, die vorrangig nach ‚gelingender Praxis‘ suchte und – daraus abgeleitet – auch einige entsprechende Methoden vorstellt. (Der eigentliche Forschungsbericht wird an anderer Stelle nachgereicht.)

· Zwischen Antiziganismus und Aufbruch - Roma in der EU am Beispiel Ungarn

n-ost-Recherche für zehn deutschsprachige Medienschaffende (Print/Radio) nach Ungarn 21. bis 24. Oktober 2010

Roma sind die europaweit am stärksten von Diskriminierung betroffene Minderheit – dies hat zuletzt eine Studie der Europäischen Grundrechteagentur (FRA) von 2009 gezeigt. Rund drei Viertel der etwa acht bis zwölf Millionen Roma leben in Ost- und Südosteuropa. Ziel der n-ost Recherche ist es, den teilnehmenden Radio- und Print-Journalisten durch Vor-Ort-Begegnungen und Expertengespräche einen profunden Einblick in die Situation der Roma und die ungarische Gesellschaft zu ermöglichen. Geplant sind sowohl Interviews mit führenden ungarischen Politikern unterschiedlicher Parteien als auch mit wichtigen Repräsentanten der EU. Besuche bei internationalen Roma-Organisationen sowie und lokalen Roma-Projekten und -initiativen stehen ebenso auf dem Programm wie Treffen und Rundtisch-Gespräche mit Vertretern aus den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Medien.

Kosten: Die Teilnahmegebühr beträgt 330 Euro für freie Medienschaffende und Volontäre und 440 Euro für Kolleginnen und Kollegen, die als Pauschalisten oder Redakteure im direkten Auftrag eines Mediums reisen. n-ost-Mitglieder zahlen 300 Euro.

In der Teilnahmegebühr enthalten sind:

Flug, Unterkunft (Einzel- oder Doppelzimmer im Mittelklasse-Hotel, mit Frühstück), sämtliche Transporte und Übersetzungen, das gesamte Programm in Ungarn, Verpflegung und Getränke, Reisekosten zum/vom Flughafen Berlin TXL müssen die Teilnehmenden selbst tragen.

Bewerbung: Bewerben können sich deutschsprachige Journalistinnen und Journalisten aus den Bereichen Print und Radio. Ein Basiswissen über die Situation in Ungarn sowie ausreichende Englisch-Kenntnisse werden vorausgesetzt.

Bewerbungsschluss: Mittwoch, 7. September 2010

Für Rückfragen und weitere Informationen:

n-ost, Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V.

Csilla Mezösi, Tamina Kutscher

Neuenburger Straße 17, 10969 Berlin

Tel. +49-(0)30-25 93 283 0; Fax: +49-(0)30-25 93 283 24

romareise@n-ost.de, www.n-ost.de

· **Bewerbungsaufruf: Kulturbrücken in Deutschland - Ein Forum für Young Leaders**  
„Eine Vision für Deutschland: Perspektiven der nationalen und internationalen Herausforderungen“ (Berlin, 16. August – 21. August 2010)

Im Namen des Institute for Cultural Diplomacy (ICD) freue ich mich, den Bewerbungsaufruf für das im Sommer stattfindende Programm von „Kulturbrücken in Deutschland: Ein Forum für Young Leaders“ bekannt zu geben.

Das einwöchige Augustseminar zu Kulturbrücken in Deutschland wird vom 16. August bis zum 21. August stattfinden. Neben der genaueren Betrachtung der Geschichte und der Entwicklung des Gebiets der kulturellen Diplomatie wird sich das bevorstehende Seminar mit zeitgenössischen Fragen hinsichtlich der deutschen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft beschäftigen und alternative Visionen für die Zukunft Deutschlands und seiner Rolle in der Welt erkunden. Das 6-tägige Programm besteht aus Präsentationen, Podiumsdiskussionen, Seminaren sowie kulturellen und sozialen Aktivitäten, welche sich auf das Thema: Eine Vision für Deutschland: Perspektiven der nationalen und internationalen Herausforderungen konzentrieren werden. Das Seminar will einen innerdeutschen Dialog anregen und bietet den Teilnehmern die Möglichkeit, Netzwerke zu bilden und einen Einblick in die Funktionsweise der politischen Institutionen in Berlin zu gewinnen.

Da wir momentan Bewerbungen für die Teilnahme an diesem Kongress akzeptieren, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die unten aufgeführten Informationen an alle für Sie in Frage kommenden Personen, welche Interesse an einer Teilnahme haben könnten, weiterleiten würden. Im Voraus schon einmal vielen Dank für Ihre Kooperation und Ihre Unterstützung bei der Steigerung der Bekanntheit für unsere bevorstehende Veranstaltung!

Weitere Informationen finden Sie auch im Internet unter [www.cultural-bridges-in-germany.org](http://www.cultural-bridges-in-germany.org)

Mark Donfried

Geschäftsführer & Gründer

Institute for Cultural Diplomacy (ICD)

www.culturaldiplomacy.org <<http://www.culturaldiplomacy.org/>>

· 3 Deutsch-tschechische Herbstseminare

Das Koordinierungsbüro Tandem bietet im außerschulischen Bereich verschiedene Seminare für unterschiedliche Zielgruppen an. Eine Kurzbeschreibung der Seminare folgt in dieser Mail, weitere Informationen sowie die jeweiligen Anmeldebögen gibt es auf [www.tandem-org.de/seite\\_1145.html](http://www.tandem-org.de/seite_1145.html) oder bei Tandem, Mail: [tandem@tandem-org.de](mailto:tandem@tandem-org.de), Tel: 0941 58557-0.

1.) Alles klar!? – Einstieg in das Organisieren und Leiten von deutsch-tschechischen Jugendbegegnungen, 08. - 10.10.2010 in Berlin

Ort: Jugendherberge Am Wannsee, Badeweg 1, 14129 Berlin-Zehlendorf, Tel.: 030 8032034

[www.jh-wannsee.de](http://www.jh-wannsee.de)

Teilnahmebeitrag: Teilnahmebeitrag für Seminar, Unterkunft und Verpflegung: 30,- €

Fahrtkosten: die Fahrtkosten werden zu 70% auf Basis der tatsächlich entstandenen Kosten (Bahnfahrt 2. Klasse) erstattet

Inhalte:

- Vorstellung von bereits durchgeführten Projekten (Best Practice)
- Sprachanimation
- Struktur der Jugendarbeit in D und CZ
- Finanzierung und Fundraising
- Interkulturalität
- Ideen für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch
- Vorstellung von Tandem
- Wie werden internationale Projekte gemacht?
- individuelle Beratung
- Planung von zukünftigen Projekten
- gruppenspezifische Spiele
- deutsch-tschechischer Abend

2.) Tandem-Juniorteam – Schulungs- und Evaluationswochenende, 15.-17.10.2010 in Regensburg

Teilnahmegebühr: wird nicht erhoben, Fahrtkosten werden erstattet

Zielgruppe: junge Leute, die über ihr Studium, Praktika oder Mitarbeit im Jugendforum an deutsch-tschechischen Beziehungen und Tandem interessiert sind  
Ziele: die Teilnehmenden schulen für die zukünftige Mitarbeit bei Tandem gegen

eine Aufwandsentschädigung, Evaluation der Juniorteameinsätze bis jetzt

Inhalte:

- was ist / macht Tandem?
- einzelne Bereiche und Programme von Tandem
- get together: Kennenlernen der alten und neuen Juniorteamer/-innen
- Auswertung der bisherigen Juniorteameinsätze und weitere Einsatzmöglichkeiten überlegen
- Sprachanimation
- Landeskunde CZ
- Interkulturalität

3.) Wie wär's denn mit uns? – Kontakt- und Planungsseminar für die deutsch-tschechische Jugendarbeit 12.-14.11.2010 in Weimar

Teilnahmebeitrag: Teilnahmebeitrag für Seminar, Unterkunft und Verpflegung: 30,- €

Fahrtkosten: die Fahrtkosten werden zu 70% auf Basis der tatsächlich entstandenen Kosten (Bahnfahrt 2. Klasse) erstattet

Zielgruppe: Vertreter/-innen von Vereinen und Verbänden, die eine Partnerorganisation in Tschechien suchen, Vertreter/-innen von deutschen und tschechischen Partnerorganisationen mit konkreten Zielen für die deutsch-tschechische Zusammenarbeit

Ziele: Finden von Partnerorganisationen aus dem Nachbarland, Planung von konkreten Projekten und Jugendbegegnungen mit Unterstützung von erfahrenen Tandem-Mitarbeiter/-innen

Inhalte:

- Vorstellung der teilnehmenden Organisationen
- Sprachanimation
- Struktur der Jugendarbeit in D und CZ
- Finanzierung und Fundraising
- Interkulturalität
- Vorstellung von Tandem
- Partner- und Projektarbeit
- individuelle Beratung
- Planung von zukünftigen Projekten
- gruppenspezifische Spiele
- deutsch-tschechischer Abend

Infos und Anmeldung unter:

Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch Tandem

Maximilianstr. 7

93047 Regensburg

Tel.: +49 941 58557-19 Fax +49 941 58557-22

niklas@tandem-org.de

www.tandem-org.de www.ahoj.info

## · 6. Woche des bürgerschaftlichen Engagements

Zum sechsten Mal startet das BBE die größte bundesweite Freiwilligenoffensive: die Woche des bürgerschaftlichen Engagements! Sie findet vom 17. bis 26. September 2010 statt. Damit leistet das BBE einen Beitrag zur Anerkennung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Möglichst viele Akteurinnen und Akteure, Vereine, Initiativen, Organisationen, staatliche Institutionen und Unternehmen sollen unter dem Motto „Engagement macht stark!“ auf ihre Freiwilligenprogramme, Projekte und Initiativen aufmerksam machen und sich in unserer Veranstaltungsdatenbank eintragen. Ob ein Tag der offenen Tür, eine Fachveranstaltung oder ein Freiwilligentag – wir freuen uns über eine große Beteiligung an der Aktionswoche 2010!

Bitte tragen Sie Ihre Veranstaltungen ein unter: [http://www.engagement-macht-stark.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=301&Itemid=321](http://www.engagement-macht-stark.de/index.php?option=com_content&task=view&id=301&Itemid=321)

Weitere Informationen unter: [www.engagement-macht-stark.de](http://www.engagement-macht-stark.de) <<http://www.engagement-macht-stark.de/>>

## · Fachtagung "Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum" der Schader-Stiftung am 15./16. September 2010 in Darmstadt

Mit diesem über drei Jahre laufenden Projekt wird zum ersten Mal die Situation von Migrantinnen und Migranten in den kleineren Städten der ländlich geprägten Räume bundesweit vergleichend untersucht. In zwölf ausgewählten Klein- und Mittelstädten aus acht Landkreisen werden exemplarisch die Bedingungen für Integration in den Kommunen des ländlich geprägten Raums analysiert und die jeweiligen Potenziale für die Integration von Zuwanderern ermittelt.

Begrüßung Sabine Süß, Schader-Stiftung Regina Jordan, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Grußwort Ministerialdirektorin Gabriele Hauser, Bundesministerium des Innern

Einführende Vorträge: Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen – Stand der Forschungsarbeiten / Erste Erkenntnisse Ralf Zimmer-Hegmann, ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung Dr. Heike Liebmann, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)

Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum Arbeit in Kleingruppen zu 10 unterschiedlichen Themen: 1. Integrationskurse / Sprachförderung Moderation:

MinDir a.D. Dr. Gerold Lehnghuth, ehemals Bundesministerium des Innern 2.

Bildungsangebote und Bildungsperspektiven Moderation: Dr. Sybille Münch, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) 3. Ausbildung und Beschäftigung

Moderation: Dr. Sabine Weck, ILS – Institut für Landes- und

Stadtentwicklungsforschung 4. Rolle der Frauen im Integrationsprozess Moderation:

Dr. Karen Schönwälder, Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und

multiethnischer Gesellschaften 5. Rolle der Religionsgemeinschaften Moderation: Peter Ederer, Stadt Ravensburg 6. Integration durch Sport Moderation: Corinna Kennel, Urbanizers Büro für städtische Konzepte 7. Selbstorganisation und Beteiligung von Migrantinnen und Migranten Moderation: Miguel Vicente, Bundesverband der Ausländer- und Integrationsbeiräte 8. Wohnen und Sozialraum Moderation: Dr. Andreas Kapphan, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 9. Mobilität und Erreichbarkeit von Integrationsangeboten Moderation: Dr. Heike Liebmann, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) 10. Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit Moderation: Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal

Ihre Ansprechpartnerin

Gudrun Kirchhoff, Schader-Stiftung, Goethestr. 2, 64285 Darmstadt, Telefon: 06151.1759-14, kirchhoff@schader-stiftung.de

Die Veranstaltung ist kostenlos. Aufgrund der Raumkapazitäten ist die Teilnehmerzahl begrenzt. Anmeldung bitte bis 20. August 2010 per Post, Fax oder Mail

· Suche nach geeigneten KandidatInnen für den Preis „Junge/r Europäer/in des Jahres“  
Wie in den Vorjahren will die Schwarzkopf-Stiftung einen jungen Menschen für herausragende Aktivitäten zu-gunsten der Eu-ropäischen Völkerverständigung auszeichnen und gleichzeitig für weiteres eu-ropäisches Engage-ment motivieren. Gesucht werden junge Menschen zwischen 18 und 26 Jahren aus Europa, die sich in herausragendem Engagement der Verständigung zwischen den Völkern und/oder der Integration Europas widmen und dabei Vorbildliches geleistet haben. Der Preis ist dotiert mit € 5.000,00 für die Finanzierung ei-nes halbjährigen Praktikums bei einem/ r Abgeordneten des Europäischen Parlaments, einer anderen Europäischen Institution oder eines Europäischen Projekts.

1997 ist der Preis zum ersten Mal vergeben worden. Die bisherigen Preisträgerinnen und Preisträger haben die Auszeichnung unserer Stiftung als Unterstüt-zung ihres Engagements hervorragend genutzt und sind mit außerordentlicher Motivation weiter-hin im Sinne Europas engagiert. Weitere Informationen zu den bisherigen PreisträgerInnen finden Sie unter: <http://www.schwarzkopf-stiftung.de/?l=de&area=11&areaS=739&id=>

Wir bitten Sie herzlich, unsere Suche nach geeigneten jungen Menschen für den Preis „Junge/r Europäer/in des Jahres 2011“ zu unterstützen und eine Nominierung abzugeben. Stichtag für die Nominierungen ist der 30. September 2010.

Für ergänzende Auskünfte stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Philipp J. Scharff

Geschäftsführer

Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa

Sophienstraße 28-29  
D - 10178 Berlin  
Tel: +49 30 28 09 51 46  
Fax: +49 30 28 09 51 50  
Email: p.scharff@schwarzkopf-stiftung.de

Mit lieben Grüßen

Euer Team der djo-Bundesgeschäftsstelle

--

djo-Deutsche Jugend in Europa  
Bundesverband e.V.  
Thomas Hoffmann  
Kuglerstraße 5  
10439 Berlin  
Tel.: +49/30/446778-0  
Fax: +49/30/446778-11  
[www.djo.de](http://www.djo.de)  
[thomas-hoffmann@djo.de](mailto:thomas-hoffmann@djo.de)

**Von:** [Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen \(FSO\)](#)

**An:**

**CC:**

**Betreff:** 12-monatiges Stipendium zur Forschung im Archiv der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

**Datum:** Freitag, 16. Juli 2010 14:20:09

**Anlagen:**

---

Die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (FSO) schreibt ein 12-monatiges Stipendium zum Aufenthalt im Archiv der FSO aus.

In das Archiv der FSO kamen über die verschiedensten Kanäle und Wege Dokumente aus der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR, so dass es trotz des Eisernen Vorhangs gelang, eine Anlaufstelle für Dissidenten und ihr Schaffen zu etablieren. Auf diese Weise kamen Zeugnisse des politischen, religiösen und künstlerischen Dissens in Ost- und Ostmitteleuropa nach 1945/1953 sowie Archivdokumente, darunter persönliche Bestände (Nachlässe, Teilnachlässe, persönliche Sammlungen) sowie Bestände gesellschaftlicher Organisationen und verschiedene Sammelbestände (Flugblattsammlungen, Buchsammlungen mit individuellen Charakteristika u.a.) in großer Zahl nach Bremen.

Die Familie Gördeler finanziert ein Stipendium, mit dessen Hilfe die transnationale Vernetzung der verschiedenen dissidentischen Milieus in Ostmitteleuropa untersucht werden sollen, insbesondere zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik Deutschland oder der DDR.

Der Stipendiat/die Stipendiatin muss polnische/r Staatsbürger/in sein und sich vorzugsweise in der Promotionsphase befinden.

Das von der Familie Gördeler finanzierte Stipendium beträgt 1.000 EURO pro Monat für ein Jahr; ein Zuschlag zur Krankenversicherung kann nicht gezahlt werden.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen samt einem Exposé bis zum 31.08.2010 an:

Prof. Dr. Susanne Schattenberg  
Forschungsstelle Osteuropa  
Universität Bremen  
Klagenfurter Str. 3  
28359 Bremen

Tel. 0421 / 218-69624

<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/>

Das Stipendium kann frühestens zum 01.01.2011 angetreten werden

## POLSKA WERSJA TEKSTU

Instytut Badan Europy Wschodniej przy Uniwersytecie Bremenskim (FSO) ogłasza konkurs na 12-miesięczne stypendium związane z badaniami i pobytem naukowym w Archiwum FSO.

Zza zelaznej kurtyny roznymi drogami naplywaly do archiwum dokumenty ze Związku Radzieckiego, Polski, Czechoslowacji, Węgier i NRD, co przyczynilo sie do powstania w Bremie miejsca spotkania dysydentow i gromadzenia ich tworczości. Należy tu wymienic swiadectwa politycznej, religijnej i artystycznej dzialalności dysydenckiej w Europie Wschodniej i Środkowowschodniej po 1945r./1953r., zasoby archiwalne osob w formie spuscizn i zbiorow jak rowniez zasoby poszczegolnych organizacji, zbiory ulotek, drukow posiadajacych swoje specyfika.

Stypendium finansowane przez Rodzine Gördeler ma na celu wspieranie badan nad rozwojem kontaktow, wspolpraca roznym srodowisk dysydenckich w Europie Środkowowschodniej w kontekscie miedzynarodowym, a w szczegolności miedzy PRL i Republika Federalna lub NRD.

Warunkiem otrzymania stypendium jest posiadanie polskiego obywatelstwa, chetnie, jako wsparcie pracy doktorskiej.

Stypendium finansowane przez Rodzine Gördeler wynosi 1 000 EUR na miesiac, dodatek na ubezpieczenie zdrowotne nie jest przewidziany.

Uprzejmie prosimy kierowac list motywacyjny, CV, swiadectwa, ew. liste publikacji oraz opis projektu do dnia 31.08.2010 na adres:

Prof. Dr. Susanne Schattenberg  
Forschungsstelle Osteuropa  
Universität Bremen  
Klagenfurter Str. 3

28359 Bremen

Tel. 0421 / 218-69624

<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/>

Początek finansowania byłby możliwy niewcześniej niż od 01.01.2011.

Silke Plate M.A.  
"Polen-Analysen"  
Forschungsstelle Osteuropa  
an der Universität Bremen  
Klagenfurter Straße 3  
D - 28359 Bremen

Tel.: +49 - 0421 - 218-69585

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

[www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de) <<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/>>